

Heraus zum Roten 1. Mai 1999

Wieder ein Jahr rum und unser Verlangen nach Veränderung hat nicht abgenommen. Auch dieses Jahr heißt es: Heraus zum Roten 1. Mai! Warum eigentlich, in diesem Land gibt es doch jetzt eine sozialdemokratisch-grüne Regierung?

Soziale Marktwirtschaft?

"Wir wollen eine andere Republik schaffen", versprachen Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkampf. "Wir werden nicht alles anders machen, aber vieles besser", tönte damals der Kanzlerkandidat der SPD und versprach die Lösung der drängendsten sozialen Probleme. Die neuen Herren in Bann liebäugeln wie die alten Herren mit dem Kombi-Lohn-Modell. Allerdings will die SPD-Spitze nun nicht etwa die Löhne subventionieren, sondern nur die Sozialbeiträge, somit die angeschlagenen Sozialkassen auf- bessern. Diese Maßnahmen sind natürlich zeitlich begrenzt und da- nach sieht der Kombi-Löhner alt aus, denn er hat die Wahl zwischen Billiglohn oder Sozialhilfe.

Die Solidargemeinschaft stärken und das soziale Netz sichern - das verspricht die Koalition. Alles sozial abgesichert, auch bei den 630,- DM-Jobs. Das sieht dann wie folgt aus: Eine Frau muss 150 Jahre buckeln, um eine Rente in Höhe der Sozialhilfe zu erhalten.

Alles beim Alten!

Die großen Reformprojekte werden frei nach dem Motto, was kümmert uns unser Geschwätz von gestern' verdrängt. Was bleibt sind ein niedriger Spitzensteuersatz, über vier Millionen Arbeitslose, ein ewiger Einstieg in den Atomausstieg, für Unternehmer lukrative Niedrig- löhne und eine Beschäftigungspolitik, die so auch von den Arbeitgebern hätte formuliert werden können. Kontinuität eben!

Naive Versuche den Koalitions- vertrag umzusetzen, scheitern entweder an der Kanzlerdemokratie oder an den Lobbyisten von Finanz und Kapital.

Um mit den Worten von Tucholsky zu sprechen: "Sie dachten sie wären an der Macht, dabei waren sie nur am Regieren."

Blutiges Recht - innen ...

Noch vor wenigen Monaten stritt die heutige Koalition vehement für die Einführung der Doppelten Staatsbürgerschaft. Doch auch hier knickt die Regierung ein. Jetzt wird offiziell Abschied vom einstigen Gesetzentwurf genommen und nach einem Kompromiss gesucht, dem auch der Bundesrat zustimmt. Dass die Doppelte Staatsbürgerschaft dabei auch irgendwie gesetzlich verankert wird, ist zwar zu begrüßen, vielfältige Restriktionen werden aber beibehalten. Es ist auch längst überfällig, dass die Staatsangehörigkeit, momentan noch immer kaiserlich-reaktionär über das System des Blutsrechts geregelt, aufgegeben wird. Jedoch ist die Doppelte Staatsbürgerschaft im Kern nichts anderes als eine leicht abgeänderte Einbürgerung. Es wird also auch weiterhin nur gleiche Rechte für Menschen mit einem deutschen Pass geben. Alle . anderen bleiben Bürger zweiter Klasse. Nicht einmal von der 1993 formulierten Wiedereinführung des Grundrechts auf Asyl ist in den Regierungsparteien die Rede.

Das Gegenteil ist der Fall. Otto Schily bastelt an der Erleichterung der Abschiebung von Kurdinnen.

... und außen

Gleichzeitig sind weitere Waffenlieferungen an den Nato-Partner Türkei unterwegs, in das Land, in dem allein im Vorjahr 260 Menschen ermordet oder zu Tode gefoltert wurden und 30 Dörfer geräumt wurden.

Herhalten müssen die Menschenrechte allerdings für den Nato-Einsatz in der jugoslawischen Provinz Kosovo. Wenn nach über 50 Jahren wieder deutsche Soldaten auf dem Balkan kämpfen, ist nicht nur aus historischen Gründen abzulehnen. Der Krieg gegen Restjugoslawien widerspricht schlicht- weg dem geltenden Völkerrecht.

Und sonst?

Angesichts der gesellschaftlichen Realität gibt es keinen Grund zur Freude. Rassismus lohnt sich wie- der, wie die CDU unter dem Beifall ihrer Gesinnungskumpanen von DVU und REP in Hessen bewies. In Guben wurde ein Mensch von Neo-Nazis ermordet - das erste Todesopfer rassistischer Gewalt in diesem Jahr. Von Zivilcourage und Solidarität seitens der Bevölkerung ist sehr wenig zu merken.

Wir sind da!

Es ist an uns, unseren Widerspruch gegen die gesellschaftliche Realität zu artikulieren und gemeinsam für unsere Vorstellungen zu kämpfen - am 1. Mai und über diesen Tag hinaus im Bündnis mit den verschiedenen linken Gruppierungen.

"Der 1. Mai war und ist der Kampf- tag derjenigen, die hinter der grauen Gegenwart ein leuchtendes Morgenrot vermuten."